Zusammenfassung der eingereichten Rückmeldung

25.402 n Pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative

Eröffnung	25.08.2025
Frist der Einreichung	28.09.2025
Zuständiges Departement	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
Zuständige Bundesstelle	Bundesamt für Umwelt BAFU (BAFU)
Zuständige Organisation	Sektion Politische Geschäfte
Adresse	Worblentalstrasse 68, 3063, Ittigen
Projektseite	https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing#Parl
Kontaktperson	Sereina Dick (sereina.dick@bafu.admin.ch) , Noemie Lanz (noemie.lanz@bafu.admin.ch)
Telefon	+41 58 467 69 73

Kontakt Information der einreichenden Stelle

Name (Firma/Organisation)	Stiftung für das Tier im Recht (TIR)
Abkürzung	--
Zuständige Stelle	--
Adresse	Rigistrasse 9, 8006 Zürich
Kontaktperson Vorname	Laura
Kontaktperson Name	Baumann
Telefonnummer (Rückfragen)	+41434430643
Eingereicht am	25.09.2025

Rückmeldung zum 1.Erlass: Bundesgesetz über Sprengstoffe (Sprengstoffgesetz, SprstG)

Erlass Nr.1 Generelle Stellungnahme

Rückmeldung zur Gesamtvorlage

Eher Zustimmung

Begründung	<p>Aus Sicht der Stiftung für das Tier im Recht (TIR) ist eine Einschränkung von Feuerwerk sachgerecht und dringend erforderlich. Feuerwerk stellt eine nicht unerhebliche Belastung für Umwelt, Tiere und Menschen dar. Zudem birgt der Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen zu Vergnügungszwecken Risiken für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit. Jährlich kommt es zu Unfällen mit teilweise schweren Verletzungen, beträchtlichen Sachschäden und Brandereignissen.</p> <p>Bei Tieren lösen die plötzlichen, lauten Knallgeräusche von Feuerwerk ausserdem erheblichen Stress und Panik aus. Einige Heimtiere fliehen in ihrer Angst und werden anschliessend vermisst. Zahlreiche Tierhalterinnen und Tierhalter sehen sich gezwungen, rund um den 1. August oder Silvester mit ihren Hunden oder anderen Heimtieren in ruhige Regionen zu verreisen, um sie zu schützen. Doch nicht nur Heimtiere sind betroffen – auch Nutz- und Wildtiere leiden unter dem Feuerwerkslärm. Viele Nutztiere, wie etwa Kühe oder Pferde, sind Fluchttiere: In Panik versuchen sie zu entkommen, was häufig zu Unfällen, Verletzungen oder gar zu Todesfällen führt. Diese könnten durch Verzicht auf Feuerwerk verhindert werden. Auch Wildtiere reagieren empfindlich: Besonders in der Silvesternacht werden sie aufgeschreckt, verbrauchen wertvolle Energiereserven oder werden aus dem Winterschlaf gerissen, was ihre Überlebenschancen im Winter deutlich verringert. Es gibt ganz allgemein nur wenige ethisch vertretbare Möglichkeiten, Tiere wirksam vor Feuerwerkslärm zu schützen, auch nicht durch den Einsatz von Medikamenten.</p> <p>Eine Verschärfung des Sprengstoffgesetzes trägt dazu bei, das Unfallrisiko deutlich zu senken, den Tierschutz zu verbessern und die Belastung durch Lärm und Schadstoffe zu verringern. Daher hält TIR es für sinnvoll, den Zugang zu Feuerwerkskörpern künftig stärker an Ausbildung, Fachkenntnisse und weitere Bedingungen zu knüpfen. Dafür hat die Kommission eine Mehrheits- und eine Minderheitsvariante ausgearbeitet.</p>
	<p>Besonders kritisch ist der unkontrollierte Einsatz von Feuerwerk der Kategorie F3. Angesichts der erheblichen Sprengkraft und Lautstärke sollte der Zugang zu dieser Kategorie nur nach absolvierter Ausbildung möglich sein – die bestehende Ausweispflicht für Feuerwerk der Kategorie F4 soll also ausgeweitet werden. Der Verwendungsausweis ermächtigt die Inhaberin oder den Inhaber, einen Erwerbsschein zu beantragen, der bislang für den Bezug von ausweispflichtigen Feuerwerkskörpern erforderlich ist. Die TIR geht daher davon aus, dass bei Annahme des Gesetzesentwurfs ein Erwerbsschein für Feuerwerke ab Kategorie F3 (Mehrheitsvariante) respektive F2 (Minderheitsvariante) notwendig wird.</p> <p>Zudem sollte Feuerwerk der Kategorie F3 nicht dem privaten Gebrauch überlassen bleiben. Die TIR spricht sich deshalb ausdrücklich für die Minderheitsvariante aus, die vorsieht, Feuerwerk der Kategorie F3 ausschliesslich an bewilligten öffentlichen Anlässen zuzulassen. Bei diesen Anlässen sind Sicherheit und fachliche Kompetenz gewährleistet. Dadurch wird ein verantwortungsvoller Rahmen geschaffen, der dem Wunsch vieler Menschen nach grossen Feuerwerken gerecht wird (vgl. Mousson/gfs.bern, Feuerwerksinitiative: Zwischen Lichterglanz und Lärmschutz – was denkt die Schweiz?, 2025) und gleichzeitig die Risiken für Einzelpersonen, Tiere und Umwelt deutlich reduziert. Dass rund drei Viertel der befragten Stimmberechtigten in einer repräsentativen Umfrage angaben, selber nie Feuerwerkskörper zu kaufen (vgl. ebenda), verdeutlicht zudem: Eine solche Regelung entspricht dem heutigen Zeitgeist und wird von der Bevölkerung breit mitgetragen.</p> <p>Darüber hinaus hält die TIR es für sinnvoll, auch für Feuerwerkskörper der Kategorie F2 eine Ausweis- und Erwerbsscheinplicht vorzusehen (Minderheitsvariante). Diese Kategorie umfasst unter anderem kleine, erschwingliche Raketen, die regelmässig zu erheblichen Problemen führen, etwa durch unkontrollierte Flugbahnen, Brandgefahr oder starke Lärmbelastung zum Nachteil von Mensch und Tier. Ein Nachweis der erforderlichen Kenntnisse sowie eines Erwerbsscheins würden das Risiko von Unfällen und Missbrauch deutlich verringern.</p> <p>Zudem muss sichergestellt werden, dass Änderungen in der Sprengstoffverordnung, etwa Präzisierungen und Ausnahmen (insbesondere bei der Ausweis- und Erwerbsscheinplicht), dem Anliegen der Initiative zur Einschränkung von Feuerwerk gerecht werden.</p>
Anhang	

Titel	Minderheit (Hug, Balmer, Freymond, Gafner, Heimgartner, Huber, Riem, Rüegesegger, Wandfluh)
Akzeptanz	Ablehnung
Anpassungen / Gegenvorschlag	Nichteintreten
Begründung	Aus Sicht der TIR bringen die vorgeschlagenen Regelungen mehr Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie für den Vollzug. Aufgrund der strengeren Anforderungen, lautes Feuerwerk erwerben zu können, ist davon auszugehen, dass künftig wenig Verstösse begangen werden. Den Gemeinden bleibt weiterhin Handlungsspielraum offen, indem sie weitergehende Regelungen treffen können. Da gemäss Umfrageergebnissen nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Interesse daran hat, selbst lautes Feuerwerk zu zünden (vgl. Mousson/gfs.bern, Feuerwerksinitiative: Zwischen Lichterglanz und Lärmschutz – was denkt die Schweiz?, 2025), dürfte der Verwaltungsaufwand aufgrund von Gesuchen für Bewilligungen überschaubar bleiben.
Anhang	

Titel	Art. 1 Abs. 2
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Die TIR begrüsst, dass die Begrenzung des Anwendungsbereichs des Sprengstoffgesetzes gestrichen wird. Somit ist das Gesetz künftig auch auf Verwenderinnen und Verwender von pyrotechnischen Gegenständen anwendbar, was den Vollzug erleichtert.
Anhang	

Titel	Art. 7 Abs. 2
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Die TIR begrüsst die gesetzliche Normierung der Einteilung pyrotechnischer Gegenstände nach ihrem Gefahrenpotenzial. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine formelle Klärung bestehender Praxis, da die Kategorien bereits heute im Anhang 1 der Sprengstoffverordnung präzisiert sind. Fraglich bleibt jedoch, weshalb nicht auch auf die in der Verordnung vorgegebene Einteilung des Lärmpegels Bezug genommen wird. Zwar kann die Schädigung durch Lärm auch unter den Gefahrenbegriff fallen, doch um Rechtssicherheit zu schaffen, sollten die gleichen Begrifflichkeiten verwendet werden wie in der Sprengstoffverordnung.
Anhang	

Titel	Art. 8b Verbotene pyrotechnische Gegenstände
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Die TIR begrüsst ein Verbot von rein knallerzeugenden Feuerwerkskörpern. Feuerwerkskörper, die ausschliesslich der Erzeugung von Knall dienen, verursachen Lärm ohne optischen oder künstlerischen Effekt und bringen damit keinen erkennbaren gesellschaftlichen Nutzen. Bei diesen Feuerwerkskörpern wird der Lärm selbst zum Zweck erhoben, mit negativen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt.
Anhang	

Titel	Art. 9 Abs. 2bis
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	Die TIR begrüsst die Einschränkung der erlaubten Einfuhr von Feuerwerkskörpern im Reiseverkehr auf Feuerwerkskörper der Kategorie F1 mit einem maximalen Gewicht bis 2.5 kg. Diese Regelung ist sachgerecht, da sie verhindert, dass pyrotechnische Gegenstände, für die Ausweis- und Erwerbsscheinpflicht gilt, unkontrolliert eingeführt werden, was die Durchsetzung der neuen Vorschriften erheblich erschweren würde.
Anhang	

Titel	Art. 14 Abs. 2
Akzeptanz	Zustimmung mit Anpassung
Anpassungen / Gegenvorschlag	2 Das gilt auch für die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände, die für industrielle, technische oder landwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind sowie für pyrotechnische Gegenstände zu Vergnügungszwecken, die eine geringe, mittlere oder grosse Gefahr darstellen. Der Bundesrat kann dieses Erfordernis auf bestimmte Arten beschränken oder auch ausdehnen.
Begründung	<p>Die TIR begrüsst grundsätzlich, dass die Anforderungen an die Fachkenntnis im Umgang mit Feuerwerk erhöht werden sollen. Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen, weil Feuerwerk nicht sachgemäss verwendet wird.</p> <p>Nach der Mehrheitsvariante könnten jedoch Feuerwerkskörper der Kategorie F2 weiterhin uneingeschränkt und ohne Ausweis erworben werden, darunter auch kleine Raketen. Diese verursachen einen nicht zu vernachlässigenden Lärmpegel und stellen eine erhebliche Belastung für Umwelt, Tiere und Menschen dar, zumal sie häufig ausserhalb der erlaubten Zeiträume gezündet werden. Hinzu kommt, dass diese Feuerwerkskörper günstig und ohne grossen Aufwand erhältlich sind. Durch unsachgemässen Gebrauch bergen sie zudem ein deutliches Sicherheitsrisiko.</p> <p>Aus der Sicht der TIR greift der Vorschlag daher zu kurz. Eine tatsächliche und wirksame Einschränkung des Feuerwerksgebrauchs muss auch die Kategorie F2 einbeziehen, um die angestrebten Ziele in den Bereichen Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz zu erreichen (siehe Minderheitsvariante).</p> <p>Ausnahmen sollten nur für solche Feuerwerkskörper vorgesehen werden, die keinen Knall verursachen oder als wenig störend empfunden werden, wie beispielsweise Vulkane ohne Knalleffekte.</p> <p>Aus den genannten Gründen spricht sich die TIR für die Minderheitsvariante aus.</p>
Anhang	

Titel	Art. 14 Abs. 2 Minderheit (Baumann, Alijaj, Brizzi, Chollet, Marti Min Li, Prelicz-Huber, Revaz, Rosenwasser)
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	<p>Die TIR begrüsst, dass die Anforderungen an die Fachkenntnis im Umgang mit Feuerwerk erhöht werden sollen. Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen, weil Feuerwerk nicht sachgemäss verwendet wird.</p> <p>Die vorgesehene Ausweis- und Erwerbsscheinpflicht ab der Feuerwerkskategorie F2 erachtet die TIR als sinnvoll und notwendig. Ein verpflichtender Nachweis der erforderlichen Fachkenntnisse würde die Gesamtanwendung – insbesondere den unsachgemässen Einsatz von Feuerwerkskörpern – reduzieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Unfallprävention sowie zur Entlastung von Umwelt, Mensch und Tier leisten.</p> <p>Der vorgesehene Vorbehalt zugunsten des Bundesrats, das Erfordernis auf bestimmte Arten zu beschränken oder auszudehnen, erscheint in diesem Zusammenhang zweckmässig. Ausnahmen sollten jedoch nur für solche Feuerwerkskörper gelten, die keinen Knall verursachen oder als wenig störend empfunden werden, wie beispielsweise Vulkane ohne Knalleffekte.</p>
Anhang	

Titel	Art. 37 Abs. 1bis
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	<p>Da die Strafbestimmungen nun auch auf Verwenderinnen und Verwender Anwendung finden, begrüsst die TIR die Einführung der Kategorie eines leichten Verstosses, um geringfügigen Verfehlungen in verhältnismässiger Weise Rechnung tragen zu können.</p>
Anhang	

Titel	Art. 44 Abs. 2
Akzeptanz	Zustimmung mit Anpassung
Anpassungen / Gegenvorschlag	<p>2 Der Abbrand von Feuerwerkskörpern ist von der kantonal zuständigen Stelle zu bewilligen. Eine Abbrandbewilligung wird nur erteilt für professionelle Feuerwerke an öffentlichen Anlässen. Keine Abbrandbewilligung benötigen Feuerwerkskörper, die eine sehr geringe oder geringe Gefahr darstellen.</p> <p>3 Die Kantone können den Abbrand von Feuerwerkskörpern zeitlich und örtlich auf bestimmte Anlässe beschränken, an zusätzliche Bedingungen knüpfen oder gänzlich verbieten.</p>
Begründung	<p>Die TIR begrüsst es grundsätzlich, dass den Kantonen die Kompetenz eingeräumt wird, den Abbrand von Feuerwerkskörpern zeitlich und örtlich auf bestimmte Anlässe zu beschränken, an zusätzliche Bedingungen zu knüpfen oder gänzlich zu verbieten.</p> <p>Die Mehrheitsvariante geht jedoch zu wenig weit. Eine Ausweispflicht stellt zwar sicher, dass Nutzerinnen und Nutzer über Fachkenntnisse verfügen, verhindert jedoch nicht die fortbestehende Belastung durch Lärm, Abfall und Umweltprobleme. Besonders störend wirkt der Lärm, wenn er unvorhersehbar auftritt. Obwohl in einigen Kantonen bereits Regelungen zu Abbrenntagen bestehen, sind diese nicht überall einheitlich festgelegt oder werden von privaten Nutzerinnen und Nutzern häufig nicht eingehalten. Dadurch beeinträchtigen unkontrollierte Feuerwerke weiterhin den Alltag von Menschen, Tieren sowie die Umwelt.</p> <p>Durch eine Bewilligungspflicht, wie sie in der Minderheitsvariante vorgesehen ist, würde der Einsatz von F3-Feuerwerk auf öffentliche, professionell organisierte Anlässe beschränkt. Das ermöglicht eine vorausschauende Planung in Bezug auf den Lärm sowie eine gezielte Kontrolle des entstehenden Abfalls. Im Austausch mit betroffenen Personen – etwa Landwirtinnen und Landwirten mit landwirtschaftlich genutzten Tieren – wurde mehrfach betont, wie wichtig gerade diese Planbarkeit ist, um die negativen Auswirkungen von Feuerwerk abzufedern. Auf diese Weise können auch künftig grosse Feuerwerke in einem verhältnismässigen Rahmen stattfinden, ohne dass Umwelt, Mensch und Tier unnötig belastet werden.</p> <p>Aus den genannten Gründen spricht sich die TIR für die Minderheitsvariante aus.</p>
Anhang	

Titel	Art. 44 Abs. 2 und 3 Minderheit (Baumann, ...)
Akzeptanz	Zustimmung
Anpassungen / Gegenvorschlag	--
Begründung	<p>Die TIR begrüsst den Vorschlag, Feuerwerk der mittleren Gefahrenklasse ausschliesslich professionell und an öffentlichen Anlässen zuzulassen.</p> <p>Eine bundesrechtliche Vorgabe zur Regelung der kantonalen Abbrandbewilligung für professionelle Feuerwerke ist insbesondere im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit und zur Verringerung der Belastungen von Mensch, Tier und Umwelt sinnvoll. Aus Gründen der Verhältnismässigkeit erachtet die TIR es als vertretbar, auf eine Bewilligungspflicht für den Abbrand von Feuerwerkskörpern mit sehr geringer oder geringer Gefährdung (Kategorien F1 und F2) zu verzichten.</p> <p>In Kombination mit der Ausweis- und Erwerbsscheinpflicht ab Kategorie F2 trägt die Abbrandbewilligung wesentlich dazu bei, lautes Feuerwerk deutlich zu reduzieren. Besonders störendes Feuerwerk der Kategorie F3 wird zeitlich und örtlich klar auf öffentliche Anlässe beschränkt – eine Lösung, die dem Bedürfnis nach geordneten Feiern ebenso Rechnung trägt wie dem Schutz von Lebensqualität, Tierwohl und Umwelt.</p> <p>Durch eine bundesrechtliche Vorgabe wird eine einheitliche Mindestregelung geschaffen, die sicherstellt, dass zentrale Schutzziele in allen Kantonen berücksichtigt werden. Gleichzeitig bleibt es den Kantonen unbenommen, weitergehende Einschränkungen vorzusehen. So wird der föderalistische Handlungsspielraum gewahrt – und kann genutzt werden, um den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt lokal gezielt zu stärken. So erlassen beispielsweise touristisch geprägte Gemeinden, etwa im Kanton Graubünden, bereits heute weitergehende Einschränkungen als in der Vorlage vorgesehen.</p> <p>Ohne eine solche Regelung besteht die Gefahr, dass Feuerwerke unkoordiniert zu unterschiedlichen Zeiten und an beliebigen Orten stattfinden, mit entsprechend hohen Belastungen durch Lärm, Lichtemissionen und Luftschadstoffe.</p>
Anhang	